

Die unsichtbare Hand im Fußball Über das ambivalente Verhältnis der Deutschen zum Wettbewerb

Von Benedikt Langner

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 wirft dieser Tage mit der Austragung des Konföderationenpokals erste Schatten voraus. Welche (geringen) ökonomischen Wachstumswirkungen von einem solchen sportlichen Großereignis ausgehen können und welche Parallelen Regelwirkungen im Sport und Wirtschaftspolitik aufzeigen, wurde bereits diskutiert (vgl. Philipp Paulus: Über Ökonomie und Sport, Ordnungspolitischer Kommentar, Juni 2004). Im Folgenden wird daher ein weiterer wichtiger Aspekt näher beleuchtet, der beiden gesellschaftlichen Bereichen, Ökonomie und Sport, gemein ist: der Wettbewerbsgedanke. Wobei es angesichts zahlreicher, den Wettbewerb hemmender Regelungen auf Arbeits- und Gütermärkten eigentlich jedoch heißen müsste, „was ihnen gemein sein sollte.“

Sicherlich, dies ist eine normative Aussage, über die man trefflich streiten kann und dies auch tut – was die hohe Zahl wettbewerbsfreundlicher Publikationen und Aussagen von Politikern und Wissenschaftlern bestätigt, der eine mindestens ebenso hohe Zahl wettbewerbsfeindlicher gegenübersteht. Dennoch ist es verwunderlich, dass dieser Disput nicht schon längst einvernehmlich zugunsten des Wettbewerbs entschieden ist. Schließlich zeigt gerade doch der Blick auf den Sport, zu welchen Höchstleistungen die „unsichtbare Hand“ letztlich führt: Indem sie in einem kontinuierlichen Kräftemessen der Sportler die Besten einer jeden Sportart hervorbringt, trägt sie maßgeblich zum Wohlbefinden der Zuschauer bei, die dies durch hohe Einschaltquoten bestätigen. Die Menschen wollen sportliche Leistungen auf hohem Niveau sehen und nehmen hier einen harten Auswahlprozess der Beteiligten in Kauf.

Warum also ist auf Arbeits- und Gütermärkten schlecht, was im Sport akzeptiert, nein, gar goutiert wird? Warum finden Ankündigungen wie die des Fußball-Bundestrainers, Jürgen Klinsmann, jede Position mindestens doppelt zu besetzen, um so den Konkurrenzkampf unter den Spielern anzustacheln, breite Zustimmung; wohingegen Ansinnen, dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt mehr Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen –

bspw. durch Abschaffung des Kündigungsschutzes –, auf Argwohn, wenn nicht gar Ablehnung stoßen? Woher also rührt dieses ambivalente Verhältnis der Deutschen zum Wettbewerb?

Kein Unterschied zwischen Sport und Markt

Zur Beantwortung dieser Frage mag die Diskussion des folgenden Einwandes hilfreich sein: *Die Welt des Sports ist nicht mit der „normalen“ Alltagswelt zu vergleichen und somit stellt sich obige Frage gar nicht. Denn bei Sportlern handelt es sich um hoch bezahlte Akteure, denen ein mögliches Scheitern im Wettbewerb – im Gegensatz zum „normalen“ Arbeitnehmer – finanziell nicht existentiell schaden würde.*

Dies ist nur vordergründig richtig. Denn die Sportler, die die öffentliche Aufmerksamkeit und somit auch die millionenschweren Werbegelder auf sich ziehen, stellen lediglich die Spitze des Eisberges dar. Medial kaum beachtet werden hingegen all die gescheiterten Sportlerkarrieren, die den Sprung auf eben diese Spitze nicht geschafft haben. Außerdem: Auch wenn es sich im Einzelfall tatsächlich um Spitzenverdiener handelt, darf nicht vergessen werden, dass deren Lebenseinkommen nicht zwangsläufig höher ist als das „normaler“ Arbeitnehmer. Diese Profisportler erzielen in relativ kurzer Zeit viel Geld, aber aufgrund einer nicht aufgenommenen oder abgeschlossenen Berufsausbildung ist ihr Einkommen nach Beendigung ihrer Karriere meist sehr niedrig. Selbst im finanzstarken Bereich der Fußball-Bundesliga geht man davon aus, dass nur etwa neun Prozent der Profis mit Beendigung ihrer aktiven Laufbahn finanziell ausgesorgt haben (vgl. Handelsblatt vom 21.01.2005, Seite 10). Festzuhalten bleibt also: Der Wettbewerb im Profisport generiert nicht nur im sportlichen Sinne „Verlierer“, für die es daraufhin zu existentiellen Sorgen kommt. Das Argument, hierbei handele es sich um einen Wettbewerb auf sehr hohem Lohnniveau und er sei nur deshalb akzeptabel, steht wie gesehen auf tönernen Füßen. Die eigentliche Frage dieses Kommentars bleibt somit weiter unbeantwortet.

Ambivalenz bereits im Bildungssystem?

Vielleicht könnte ein Blick auf das Bildungssystem helfen. So existierte lange Zeit bundesweit kein eigenes Schulfach, das sich der Vermittlung grundlegender wirtschaftlicher Zusammenhänge widmete und somit

die individuelle rationale Auseinandersetzung mit dem hiesigen Wirtschaftssystem förderte. Diesen Missstand erkennend fordern die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits seit einigen Jahren in seltener Eintracht die Einführung eines solchen, sowie die Ausbildung hierfür qualifizierter Fachkräfte. Denn: „Unzureichende Fachkompetenz [...] begünstigt unangemessene Analysen wirtschaftlicher Sachverhalte und öffnet Vorurteilen sowie Ideologisierung Tür und Tor.“ (vgl. BDA und DGB (2000): *Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung*, S.13)

Warum aber sollten diese (möglichen) Ideologisierungen an Schulen eher wettbewerbsfeindlich sein? Vorab besteht doch keinerlei Anlass zu der Vermutung, dass Lehrer systematisch ein eher negatives Bild des Marktes vermitteln. Der Soziologe Dennis O’Keefe argumentiert, dass aufgrund der öffentlichen Bildungsfinanzierung aber genau dies geschieht: Die Verantwortlichen seien selber derart vor dem Wettbewerb geschützt, dass marktfeindliche Überzeugungen innerhalb dieser „sozialistischen Enklave“ gut gedeihen könnten (vgl. Dennis O’Keefe (1999): *Political Correctness and Public Finance*; IEA-Studies in Education, No. 9, S. 21). Dieses Argument mag zunächst nicht nur von der Wortwahl her übertrieben klingen. Doch sollte es zu denken geben, wenn ein deutscher Pädagoge schreibt: „Ich habe den Eindruck, dass für viele Erziehungswissenschaftler die Ökonomie so weit außerhalb ihres professionellen Interesses liegt, dass sie keine Beziehungen zu Markt und Ökonomie sehen.“ (vgl. Adolf Kell (1996): *Bildung zwischen Staat und Markt*, Zeitschrift für Pädagogik, 35. Beiheft, S. 31-49, S. 46)

Die Rolle des deutschen Sozialstaats

Ein weiterer möglicher Erklärungsgrund für eine dem Wettbewerb gegenüber ablehnende Haltung mag sich aus der Existenz des deutschen Sozialstaates erklären. Dies klingt zunächst paradox: War er doch dereinst von den Gründervätern der Sozialen Marktwirtschaft in die hiesige Wirtschaftsordnung integriert worden, um gerade dem im Wettbewerb Gestrauchelten ein soziales Auffangbecken zu gewähren. Dies sollte die Zustimmung zum Wettbewerb erhöhen, zumindest jedoch nicht senken. Man kann jedoch argumentieren, dass die Existenz, bzw. die konkrete Ausgestaltung eines Wohlfahrtsstaates Rückwirkungen auf die gesellschaft-

lichen Einstellungen gegenüber Leistungsbereitschaft und Motivation ausübt. Denn: Je weniger Menschen glauben, dass die Gesellschaft nach „gerechten“ Regeln funktioniert und Leistung sich letztlich bezahlt macht, desto mehr Wähler werden zunächst für einen generösen Wohlfahrtsstaat und entsprechende Umverteilung stimmen. Doch die zu dessen Finanzierung notwendigen hohen Steuersätze senken wiederum die Leistungsanreize, bspw. in Form niedriger Renditen von möglichen Investitionen in die eigene Ausbildung, die daraufhin nicht getätigt werden. Es folgt soziale Immobilität über die Generationen hinweg und die Wähler sehen sich in ihrem Glauben bestätigt.

In der Tat existieren Studien, wonach in Europa 60% der Befragten glauben, dass sich die Armen in einer „Armutsfalle“ befänden und Anstrengungen sich deshalb auch nicht lohnen würden. Auch sind mehr als die Hälfte (56%) davon überzeugt, dass Glück und nicht etwa Leistung oder aber Bildung Markteinkommen determinieren. Die entsprechenden Prozentzahlen für die USA betragen 29% bzw. 30%. Mit obigem Argument ließe sich erklären, warum jenseits des Atlantiks der Wohlfahrtsstaat wesentlich weniger stark ausgeprägt ist und der Wettbewerbsgedanke daher auf größere Akzeptanz trifft. (vgl. Jean Tirole und Roland Bénabou (2005): *Belief in a Just World and Redistributive Politics*, CEPR-Discussion Paper, No. 4952).

Doch vielleicht sind beide genannten Erklärungen gar nicht die wahren Gründe für die inkonsistente Einstellung der Deutschen gegenüber dem Wettbewerb. Vielleicht hat man sich in ökonomisch wichtigen Bereichen, wie etwa des Arbeitsmarktes, *bewusst* gegen die Entfaltungsmöglichkeiten der „unsichtbaren Hand des Marktes“ entschieden. Dieses Recht hat eine demokratische Gesellschaft. Dann jedoch sollte man die Konsequenzen akzeptieren, zu lamentieren aufhören und sich mit einem weniger stark steigenden, bzw. niedrigeren Wohlfahrtsniveau begnügen. Dass nämlich ein höheres Niveau möglich wäre, zeigt nicht nur die wirtschaftliche Prosperität von Staaten, die dem Wettbewerb mehr vertrauen, sondern auch der Blick auf den Sport. Denn wenn bspw. die deutsche Nationalelf im nächsten Jahr tatsächlich Erfolg haben sollte, so wäre dies im Eingangs beschriebenen Sinn niemand geringerem zu verdanken, als der „unsichtbaren Hand im Fußball“.

8976 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Dipl.-Volksw. Benedikt Langner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. **Kontakt:** Tel. 0221-470 5351 oder email: langner@wiso.uni-koeln.de